



**Dietrich W. Thielenhaus**

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

## „Virus schlägt zurück“

Die Halbwertzeit von Konjunkturprognosen verkürzt sich gerade in turbulenten Zeiten dramatisch. So veröffentlichte das ifo-Institut im vergangenen September seinen Ausblick unter der Überschrift „Herbst 2020: Deutsche Wirtschaft weiter auf Erholungskurs“, um dann im Dezember nachzuschieben: „Winter 2020: Das Corona-Virus schlägt zurück.“ Als Grund für diesen Wandel führte ifo an, die langsame konjunkturelle Erholung sei im November wegen des Lockdown-Light im Keim erstickt worden. Die vor Weihnachten erfolgte Lockdown-Verschärfung sei dabei noch gar nicht berücksichtigt worden. Nach heutigen Erkenntnissen ist die deutsche Wirtschaftsleistung 2020 um 5,1 % eingebrochen. Die noch im Herbst gehegte Hoffnung, diesen Absturz schon im neuen Jahr wieder vollständig ausgleichen zu können, dürfte sich nicht erfüllen. Aktuell geht ifo für 2021 nur noch von einem preisbereinigten BIP-Wachstum um 4,2 % aus. Die Wirtschaftsweisen haben ihre Prognose für 2021 sogar auf 3,7 % gesenkt. Erst Ende 2021 soll das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden. Derzeit nicht absehbar ist, welche zusätzlichen volkswirtschaftlichen Flurschäden die zweite Corona-Welle hinterlässt.

## „Wirtschaftlicher Schock“

Die Pandemie wird Deutschland etwa 600.000 Arbeitsplätze kosten, viele Branchen nachhaltig verändern und zahlreiche Firmen in die Insolvenz drängen. Bei einer im November 2020 erfolgten ifo-Konjunkturumfrage bezeichneten 15 % der deutschen Unternehmen die Corona-Krise als existenzbedrohend. Am stärksten gefährdet sehen sich Gastronomie und Tourismus, Metallverarbeiter, Druckereien, die Textilbranche und Dienstleister. Bei Bund und Ländern sind allein in 2020 Krisenausgaben in Höhe von 1,3 Billionen Euro aufgelaufen. Für 2021 rechnet die Bundesregierung mit Folgekosten von 184 Mrd. Euro. Der Lockdown kostet gegenwärtig jede Woche zwischen 3,5 und 5 Mrd. Euro, falls die Industrie nicht auch noch vom Stillstand betroffen werden sollte. Ifo konstatiert: „Die Corona-Krise ist ein wirtschaftlicher Schock, dessen Ausmaß alles in den Schatten stellt, was die Weltwirtschaft seit dem zweiten Weltkrieg an Krisen erlebt hat.“ Der Handelsverband stellt sich auf eine längere Schließung der Geschäfte ein. Die Bundeskanzlerin hält Lockdown-Maßnahmen mindestens bis Ostern für unvermeidlich. Die gegenwärtige Jojo-Lockdowns der Bundesregierung verhindern Planbarkeit und konjunkturelle Stabilisierung. Höchste Zeit also für einen Paradigmen-Wechsel: Es kommt jetzt vor allem darauf an, die Pandemie wirksam zu bekämpfen, ohne dabei die Wirtschaft zu ruinieren. Zur Durchbrechung des Teufelskreises empfiehlt IW-Chef Hüther: „Sinnvoll wäre es, wenn Menschen in Alters- und Pflegeheimen und Über-70-Jährige deutlich schneller geimpft würden, beispielsweise auch am Wochenende, auch in der Nacht. Sind die Risikogruppen geimpft, dann gibt es keine Rechtfertigung mehr für einen flächendeckenden Lockdown.“

## Wohnungsbau wächst weiter

Die Bauwirtschaft hat sich im Krisenjahr 2020 – im Vergleich zu anderen Branchen – als eine Art Insel der Glückseligen erwiesen. Das Bauhauptgewerbe konnte seine Umsätze um nominal 3 % steigern. Bei einer Preissteigerung um 2,5 % ergäbe sich also ein reales Plus von 0,5 %. Am besten scheint sich der Wohnungsbau zu schlagen, der 2020 um nominal 4 % zugelegt haben dürf-

te. Mit einem prognostizierten Wachstum von 3 % dürfte dieser Sektor auch 2021 Vorreiter bleiben. Dafür spricht auch der Anstieg bei den Wohnungsbaugenehmigungen zwischen Januar und Oktober 2020 um 3,4 %. Dagegen hat Corona die Investitionsbereitschaft im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau deutlich abgekühlt. Hier erwarten die Verbände für 2020 Rückgänge um jeweils 2 %.

## SHK: „Mörderjahr“ 2020

Von den positiven Rahmenbedingungen am Bau profitiert erwartungsgemäß auch die SHK-Branche, die – laut VDS – 2020 ihren Umsatz um fast 3 % auf 62,6 Mrd. Euro steigern konnte. Während der Heizungsbereich um 3,6 % zulegen, wuchs der Sanitärsektor um 1,7 % auf 24,2 Mrd. Euro. Der Marktforscher Hans-Arno Kloep hat 2020 als „Mörderjahr“ der extremen Überlastung im SHK-Fachhandwerk bezeichnet. Für 2021 erwartet er Umsatzsteigerungen um 6 % bei der Heizung und um 3 % bei Sanitär. Die besten Chancen sieht Kloep bei Sanitär-Produkten rund um den barrierefreien Duschplatz und bei der Gasbrennwerttechnik.

## Heizkosten: zu wenig Transparenz

Erhebliche Informationsdefizite gibt es offenbar bei den privaten Haushalten in puncto Heizkosten. Die meisten Bürger haben völlig falsche Vorstellungen von den finanziellen Belastungen. Das hat eine repräsentative Befragung von Techem ergeben. Nur 13 % der Befragten schätzt den Anteil der Heizkosten an den gesamten Wohn-Nebenkosten mit 40 bis 60 % richtig ein. Die durchschnittliche Heizungsrechnung pro Wohneinheit liegt in Deutschland nach Angaben des Herstellers bei 77,5 Euro im Monat.

## „Kranker Mann Europas“?

Auf einen neuen Tiefstand ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefallen. Im neuesten Vergleich von 21 Industriestaaten durch das Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW (Mannheim) erreicht die Bundesrepublik gerade noch Rang 17 (Vorjahr: Platz 14). Die Nase vorn haben beim diesjährigen „Länderindex Familienunternehmen“ die USA vor Großbritannien und den Niederlanden. Als Standortsschwächen nennt das ZEW vor allem die hohen Unternehmenssteuern, Arbeits- und Energiekosten sowie die Qualität der Infrastruktur bei Verkehrswegen und Informationstechnologie. Als Stärke wurde die relativ gute Kapitalausstattung deutscher Familienunternehmen genannt, die sich allerdings seit Beginn der Corona-Krise deutlich verschlechtert hat. Bemerkenswert ist auch der langfristige Trend: Seit der ersten Erhebung im Jahr 2006 ist Deutschland im Länderindex um fünf Plätze zurückgefallen. Schlechter hat sich kein anderes der 21 Länder entwickelt. Die Verbesserung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat offenbar für keine Partei mehr vorrangige Bedeutung. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall sieht die deutsche Metall- und Elektroindustrie in ihrer Existenz bedroht. Der Branchen gehe es nicht nur wegen Corona schlecht. Auch die Politik der vergangenen Jahre habe dem Standort massiv geschadet. Die Wirtschaft sei wieder an dem Punkt wie zu Beginn der 2000er-Jahre angelangt, als Deutschland zum „kranken Mann“ Europas geworden war.